

Kurzbericht des BMG-geförderten Forschungsvorhabens

Vorhabentitel	Grobkonzeption einer bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung
Schlüsselbegriffe	Todesursachenstatistik, Todesbescheinigung, elektronisches Meldewesen
Vorhabendurchführung	Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI)
Vorhabenleitung	Torsten Schelhase (StBA), Ulrich Vogel (DIMDI)
Autor(en)	Stefan Brungs (StBA), Linda Kühl (DIMDI)
Vorhabenbeginn	01.12.2017
Vorhabenende	31.03.2019

1. Vorhabenbeschreibung, Vorhabenziele

Die Todesursachenstatistik ist die elementare Grundlage für eine fundierte Todesursachenforschung. Ihre Qualität hängt unmittelbar ab von der Qualität der Angaben auf den Todesbescheinigungen, die die Leichenschauen dokumentieren. Die Todesbescheinigungen unterscheiden sich derzeit von Bundesland zu Bundesland und kein Bundesland erfüllt die aktuellen Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation vollumfänglich. Die Qualität der Angaben auf den aktuellen Todesbescheinigungen wird immer wieder kritisch hinterfragt und Verbesserungen werden angemahnt [1].

Das Projektziel war, ein Konzept zu entwickeln, das einen bundeseinheitlichen Datensatz der Todesbescheinigung und einen Vorschlag für einen medienbruchfreien elektronischen Datenfluss bis zur Statistik beschreibt. Dabei bestand insbesondere das Ziel, eine qualitative Verbesserung und eine gesteigerte Aktualität der Todesursachenstatistik zu erwirken. Das Konzept bildet für das Bundesministerium für Gesundheit eine Arbeitsgrundlage, auf der sich Pilotprojekte anschließen können, welche die praktische Machbarkeit einer elektronischen bundeseinheitlichen Todesbescheinigung tiefer beleuchten.

2. Durchführung, Methodik

Ein bundeseinheitlicher Datensatz einer Todesbescheinigung wurde erarbeitet auf Grundlage der bestehenden landesspezifischen Todesbescheinigungen, der aktuellen Rechtslage und den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation [2]. In einem weiteren Schritt wurden Interviews mit ärztlichen Anwendern geführt, um das Für und Wider der aktuellen papiergebundenen gegenüber einer möglichen elektronischen Todesbescheinigung zu evaluieren.

Es wurden weiterhin auf Basis der bestehenden Melde- und Arbeitsprozesse in Standes- und Gesundheitsämtern sowie den aktuellen Rechtsgrundlagen erste Anwendungsfälle für eine elektronische Todesbescheinigung entwickelt. Durch den Vergleich zum Status quo konnten die Vorteile einer elektronischen Todesbescheinigung sowohl für die Todesursachenstatistik als auch für Standes- und Gesundheitsämter herausgearbeitet werden.

Zudem wurden heute schon national existierende oder aktuell im Aufbau befindliche elektronische Meldesysteme auf potentielle Synergien für eine elektronische Todesbescheinigung analysiert. Dabei zeigte sich insbesondere der XÖV-Standard XPersonenstand in Kombination mit dem OSCI-Transport als besonders vielversprechend. XPersonenstand wurde für die Kommunikation mit und zwischen Standesämtern konzipiert und enthält bereits heute Elemente für die Kommunikation mit Gesundheitsämtern [3].

Auf internationaler Ebene wurde die bereits 2014 in Portugal eingeführte elektronische Todesbescheinigung hinsichtlich der Einführungs- und Anwendungserfahrungen analysiert [4]. Einerseits konnten die bereits theoretisch ermittelten Vorteile einer elektronischen Todesbescheinigung bestätigt werden. Andererseits konnten wichtige Informationen gewonnen werden, welche Aspekte zum Erfolg der Implementierung und des Betriebes beisteuern und welche Aspekte sich im Nachhinein als unvorteilhaft erwiesen haben.

Es wurden schließlich auch Empfehlungen zur technischen Umsetzung der elektronischen Todesbescheinigung sowie ein Rahmenkonzept zu Datenservice und Datenflüsse erarbeitet, die eine klare Struktur für ein Pilotprojekt ausweisen.

3. Gender Mainstreaming

Für das Projekt ist von Bedeutung, dass dem geschlechtsspezifischen Todesursachengeschehen bei der Konzeption und Implementierung der bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung Rechnung getragen wird.

4. Ergebnisse, Schlussfolgerung, Fortführung

In dem Projekt wurde das Ziel erreicht, eine Grobkonzeption für die Einführung einer bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung zu erarbeiten. Basierend auf dem Status quo in Deutschland konnte ein Konzept entwickelt werden, das als Basis für eine Pilotierung dienen kann und klar die Vorteile und den Nutzen einer bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung aufzeigt.

Eine bundeseinheitliche elektronische Todesbescheinigung wird die Qualität und die Aktualität der Todesursachenstatistik aufwerten. Dabei wird die Qualität verbessert durch (1) eine umfassendere Verwertung der Angaben auf der Todesbescheinigung durch deren Standardisierung, (2) einen verminderten Anteil lückenhaft ausgefüllter Todesbescheinigungen und (3) eine verbesserte und einheitliche Kodierung der Todesursachen. Die Aktualität der Todesursachenstatistik wird verbessert durch eine vollständige medienbruchfreie elektronische Meldekette zwischen

allen relevanten Akteuren sowie durch eine Vereinfachung und Verbesserung der Arbeitsprozesse in Standes- und Gesundheitsamt sowie im Statistischen Landesamt.

Für die bundeseinheitliche elektronische Todesbescheinigung wird ein Portaldesign vorgeschlagen, das (1) als Kommunikationsplattform zwischen allen beteiligten Akteuren und Institutionen fungiert, (2) Datensätze formal validiert, nach definierten Regeln Akteure involviert und die Meldewege und Arbeitsprozesse steuert, (3) rechtlich einem Gesundheitsamt zugeordnet ist, da nur den Gesundheitsämtern erlaubt ist, alle Angaben auf der Todesbescheinigung einzusehen, (4) für den Datentransport auf die bereits heute existierende OSCI-Struktur zurückgreift, (5) als Datensatzstruktur die XÖV-Spezifikation XPersonenstand verwendet und (6) sicherstellt, dass das Schriftformerfordernis erfüllt ist. Hierzu können Lösungen verwendet werden, die die eIDAS-Verordnung der Europäischen Union bereithält.

Für ein Pilotprojekt zur bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung werden vier Arbeitspakete vorgeschlagen, die teilweise aufeinander aufbauen und auf die Ausarbeitungen des vorliegenden Projektes zurückgreifen. So sollte (1) zu Beginn ein Proof-of-Concept mit einem IT-Dienstleister durchgeführt werden, das die technische Realisierbarkeit einer elektronischen Todesbescheinigung nachweist, (2) ein bundeseinheitlicher Datensatz für die Pilotierung der elektronischen Todesbescheinigung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure festgelegt werden, (3) das eTB-Portal technisch spezifiziert werden, um eine spätere Umsetzung durch kommunale IT-Dienstleister, Softwarehersteller und weiterer Beteiligte zu gewährleisten und (4) die Pilotierung der bundeseinheitlichen elektronischen Todesbescheinigung in Test-Regionen durchgeführt und begleitend evaluiert werden.

5. Verwendete Literatur

[1] Tiehl W (2017) Die meisten Todesbescheinigungen weisen Fehler auf (<https://www.uni-rostock.de/universitaet/aktuelles/pressemitteilungen/detailansicht/n/die-meisten-todesbescheinigungen-weisen-fehler-auf-16349/>) abgerufen am 08.05.2018

[2] ICD-10, WHO-Ausgabe, Version 2016, Stand Juli 2015, Band 2, Regelwerk

[3] Koordinierungsstelle für IT-Standards (2018) Spezifikation XPersonenstand Version 1.73 (https://www1.osci.de/sixcms/media.php/13/2018-01-31_XPersonenstand_173_final.pdf) abgerufen am 29.03.2019

[4] Pinto CS, Anderson RN, Marques C, Maia C, Martins H, Borralho M C (2016) Improving the mortality information system in Portugal (<https://comum.rcaap.pt/bitstream/10400.26/14335/1/20160616125541744.pdf>) abgerufen am 11.10.2018